

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

9 (22.1.1923)



**Ercheint**  
**Montag, Mittwoch und**  
**Freitag.**  
**Bezugs-Preis:**  
Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. andere Austräger  
ohne Bestellgeld  
monatlich 750.— Mk.  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.  
(Geschäftszeit 7-9 Uhr, Sonntags  
geschlossen.)  
Fernsprechanschluß Nr. 11.  
Postfach-Konto  
Karlstraße Nr. 8903.

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung **1839**

General-Anzeiger für das **Elsenz- und Schwarzbachtal**

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

**Anzeigen-Preise:**  
Anzeigen: Die 42 mm breite  
Millimeter-Zeile 10.— Mk.  
Reklamen: Die 87 mm breite  
Millimeter-Zeile 20.— Mk.  
Anzeigen mit Nachdruck oder  
Ankunft 30.— Mark Sonderver-  
gütung. Alle Preise freibleibend.  
Ordnung im Anzeigen- und  
Textteil ist Pflicht.  
Bei Wiederholungen tariflicher  
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Be-  
treibung und bei Sonntags ersicht.  
Nachdruckverboten werden nicht an-  
genommen und für Aufnahmen an  
bestimmten Tagen sowie für tele-  
fonische Aufträge keine Gewähr  
übernommen.  
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen wollen  
am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 9.

Montag, den 22. Januar 1923.

84. Jahrgang

## Das Wichtigste.

Den Eisenbahnbeamten und Arbeitern ist es vom Kohlenkommissar verboten worden, Kohle für Frankreich und Belgien zu befördern.

Die Franzosen haben die Reichsbankfiliale und das Zollamt in Wiesbaden besetzt.

Auf eine Note der deutschen Regierung, worin diese auf die Gefahr aufmerksam macht, welche durch die Verührung der französischen Truppen mit dem Gebiet deutscher Garnisonen erwachsen kann, antwortete Poincaré u. a. mit der neuen Drohung, daß bei anhaltendem deutschen Widerstand die Kohlenzufuhren nach dem unbesetzten Deutschland gänzlich unterbunden werden würden.

Poincaré erklärte französischen Pressevertretern, daß Frankreich im Ruhrgebiet unbedingt durchhalten werde und daß die deutschen Industriellen, die passive Resistenz üben, kriegsgerichtlich abgeurteilt würden.

Die verhafteten Zechenvertreter sind nach Mainz gebracht worden und sollen bereits am Montag vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Die Betriebsräte der Thyssenwerke haben mit deren Stilllegung gedroht, wenn Thyssen nicht sofort freigelassen wird. Die Arbeiter der Zechen, deren Direktoren ebenfalls verhaftet wurden, haben die Arbeit niedergelegt.

Die 2. Internationale und die beiden Gewerkschaftsinternationales werden am 21. Januar über einen internationalen Proteststreik gegen die Ruhrbesetzung beraten.

## Einigkeit.

Einigkeit macht stark.

Diese Mahnung muß durch alle deutschen Gauen bis in den letzten Winkel dringen. Denn der Feind steht im Land. Frankreich hat ein in der Weltgeschichte nie dagewesenes Attentat der Gewalt gegen das Recht des Friedens verübt, dessen Folgen schwerstes Verhängnis nicht nur über Deutschland, sondern über ganz Europa heraufbeschwören müssen. Schon kündigen die ersten Auswirkungen sich an: Der Dollar hat den Stand von 24 000 erreicht. Eine neue Teuerungswelle ist im Anrollen, die wiederum Millionen Deutscher in Not und Verzweiflung stürzen wird.

Reichspräsident und Reichstagspräsident haben schöne und warme Worte für die Not der Bewohner der neubesetzten Gebiete gefunden. Nicht weniger würdig und erhebend war der Appell, den der Reichskanzler an sie gerichtet hat. Der Worte genug, jetzt heißt es Taten! Jetzt heißt es, rücksichtslos und mit harter Faust überall zugreifen, wo der einzelne wie ganze Organisationen ihr Eigeninteresse, ihren Profit höher stellen als das Wohl der Gesamtheit. Die Spitzenverbände des ganzen deutschen Unternehmertums, geführt vom Reichsverband der deutschen Industrie, der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und dem Reichslandbund, haben dem Reichskanzler die Versicherung gegeben, daß sie sich mit all ihren Kräften hinter die Regierung stellen und alle Opfer zu bringen bereit seien, die die Not des Vaterlandes fordert. Nun ist die Stunde gekommen, da sie zu beweisen haben, daß dies nicht nur Worte waren, daß sie auch zu Taten, zu Opfern bereit sind. Und wahrlich — es sollte ihnen nicht schwer fallen, wenn sie hinblicken in das Land der „roten Erde“, wo die Bergherren jetzt eisenhart den französischen Gewalthabern entgegenreten, Freiheit und Besitz aufs Spiel setzen und sich lieber ins Gefängnis stecken lassen, ehe sie von ihrem Worte weichen. Ebenbürtig zur Seite steht den Bergherren die ganze Bergarbeiterchaft mit einem moralischen Mute, der erschlatternd wirkt in dieser Zeit der Schwäche und Verzagtetheit. Zu diesen herrlichen Beispielen vaterländischen Opfermutes mögen alle unsere Wirtschaftsstände emporblicken. Sehr schön heißt es in dem Aufruf der Deutschen Demokratischen Partei zum Reichstagsgongress: „Der Wucherer ist der Todfeind, der Schlemmer ist die Schande des Volkes. Jetzt heißt es auf den gewohnten Gewinn verzichten und gerade noch so viel verdienen, als zur Aufrechterhaltung der Betriebe notwendig ist. Jetzt ist es an der Landwirtschaft das Hilfswerk für das deutsche Volk in Szene zu setzen und mit Opfermut die Preise so weit wie nur denkbar abzubauen, Zwischen- und Kleinhandel müssen sich jetzt mit der geringsten Spanne von Nutzen begnügen. Aber auch die Arbeiterschaft aller Grade muß sich jetzt darauf besinnen, daß sie dem Unternehmertum nicht durch Streiks und immer erhöhte Forderungen die Opferbereitschaft unmöglich machen darf. Einer für alle, alle für einen, das muß die Lösung sein.“ Was die Regierung ihrerseits an Maßnahmen bisher angekündigt hat, ist gut, aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Einschränkung des Alkoholausschanks, der Lustbarkeiten und des Tanzbetriebes, der Bars und Dielen, Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers der übermäßigen Preisbildung, des Aufkäuferwesens, und Ueberwachung der Wochenmärkte werden sicherlich schon einigermaßen beruhigende Wirkung ausüben. Aber man hätte vielleicht doch auf die Psychologie des Volkes noch mehr Rücksicht nehmen können. War es wirklich unbedingt nötig, jetzt gerade eine weitere Erhöhung der Umlagepreise für Getreide anzukündigen? Wäre es trotz aller Schwierigkeiten in vielfacher Hinsicht nicht möglich gewesen, der Stimmung und der verbitternden Not der Massen dadurch Rechnung zu tragen, daß man die Erhöhung der Posttarife noch einige Zeit verschoben hätte? Ließe sich nicht aus dem gleichen Gedankengang heraus wenigstens die angekündigte Erhöhung der Eisenbahntarife noch etwas hinauszögern? Wie oft schon ist die Verbilligung des Hausbrandes gefordert und von der Regierung stets mit der Begründung abgelehnt worden,

diese Maßnahme sei im Hinblick auf die Entente unmöglich. Jetzt ist diese Begründung nicht mehr stichhaltig, und der Verbilligung des Hausbrandes, dem Abbau der Kohlensteuer steht nichts mehr im Wege. Solche positiven Maßnahmen der Regierung wären zweifellos geeignet, die Stimmung im Volke gewaltig zu heben. Und wenn es wahr ist, daß das Beispiel alles ist, so würden durch eine solche Verbilligungsaktion der Regierung auch die privaten Wirtschaftsstände ihrerseits einen starken Ansporn erhalten. Auch den zahlreichen Notleidenden, den Alten und Kranken muß viel reichlicher als bisher geholfen werden. Wir wollen einig sein. Aber diese Einigkeit darf sich nicht im Bekennen erschöpfen, sondern in Handlungen äußern.

## Gegen Lüge und Schlemmerei.

Der Reichskanzler hat am 16. Jan. an die Landesregierungen das nachstehende Rundschreiben über die Bekämpfung der Schlemmerei und des Alkoholmißbrauchs gerichtet: Weit über die Mehrheit unseres Volkes leidet Not und weiß kaum, wie sie ihre Familie erhalten und für Nahrung, Kleidung und Erziehung sorgen soll. Die politischen Ereignisse der letzten Tage der rechts- und vertragswidrigen Einmarsch des französisch-belgischen Heeres in das Ruhrgebiet, die wirtschaftszerstörenden Anordnungen der französischen Gewalthaber und die darauf folgende neuerliche Entwertung der deutschen Währung haben diese Sorgen bis aufs Höchste gesteigert. Die Reichsregierung ist bemüht, auf allen Wegen, die Erfolg versprechen, Abhilfe und Milderung zu versuchen. Sie ist dabei entschlossen, auch gegen Mißstände anderer Art, die im öffentlichen Leben hervortreten, vorzugehen. Die Reichsregierung empfindet es als eine Herausforderung aller Notleidenden wie aller anständig gesinnten Kreise unseres Volkes, wenn gleichwohl immer noch Schlemmerei, Genußsucht und Alkoholmißbrauch sich breit machen. Es ist notwendig, daß vom Staat, dem Reich und den Ländern mit aller Kraft dagegen vorgegangen werde, wenn der Staat sich nicht selbst ein stillosches Vergehen aufgeben will. Die Absicht der Reichsregierung zu solchem Vorgehen hat in der Zusammenkunft vom 12. Januar bei den Leitern der Regierung und der Länder die rückhaltlose Zustimmung der Volksvertretungen gefunden. Die Presse und die öffentliche Meinung fordern daselbe. Es ist Zeit, zur Tat zu schreiten! Die Reichsregierung hat dem Reichsrat neben außer dem Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Absinth den Entwurf eines Schankstättengesetzes vorgelegt. Der erste Entwurf soll die Einbürgerung eines gesundheitschädlichen, deutscher Art fremden Genußmittels rücksichtslos unterbinden, zweitens den Landesbehörden starke Handhaben zur Regelung des Schankstättenwesens und zur Bekämpfung von Mißständen geben, insbesondere die Befugnis zur Entziehung der Schankerelaubnis erweitern und die Abgabe geistiger Getränke an Jugendliche verbieten. Die Reichsregierung erhofft eine eilige Verabschiedung des Gesetzesentwurfs. Doch kann und braucht mit einem kräftigen Vorgehen gegen öffentliche Mißstände nicht bis dahin gewartet werden. Die schon bestehenden Gesetze geben hierzu Handhaben, wenn schon diese zum Teil nicht genügen und nur mit unzureichenden Strafbestimmungen ausgestattet sind. Worauf es zunächst ankommt, ist daher wenigstens, daß ein starker Wille zu ihrer Anwendung überall und bei allen hierzu berufenen Behörden und Beamten der Staatsverwaltung und der Selbstverwaltung sich rücksichtslos durchsetzt. Für die Reichsregierung erlaube ich deshalb die Regierungen der Länder ergehen, alle beteiligten Behörden und Beamten mit entsprechenden Weisungen je nach dem Stande ihrer Gesetzgebung zu versehen. Indem ich für Einzelheiten auf die Anlage verweise, darf ich als besonders geeignete Mittel hervorheben:

1. Die ausnahmslose Aufstellung des Erfordernisses des Bedürfnisnachweises für alle Branntweinschänken, Bars usw. wird die Neuentstehung solcher Schankstätten überhaupt verhindern können.
  2. Die strenge Anwendung der Entziehungsbefugnisse nach Paragraph 53 der Gewerbeordnung wird in kurzer Zeit zu einer erheblichen Verminderung an Schankstätten unerfreulicher Art führen.
  3. Durch eine sehr frühe Festsetzung der Polizeistunde für gewisse Arten von Schankstätten kann dem Alkoholmißbrauch sehr wirksam entgegengetreten werden.
  4. Zum Schutze der Jugendlichen werden zumeist aufgrund des bestehenden Polizeirechts wirksame Vorschriften erlassen werden können.
  5. Die Erlaubnis zu öffentlichen Tanzbelustigungen wird im allgemeinen zu verjagen sein.
  6. Trunkenheit ist gegenwärtig unter allen Umständen ein öffentliches Vergehen Polizeiliches Vorgehen, das ein solches Vergehen abstellen will, muß streng und rücksichtslos sein.
  7. Werden die Polizeibeamten angewiesen, dementsprechend Betrunkene ausnahmslos zur Anzeige zu bringen, und wenn das Vergehen nicht sofort scharf beendet werden kann, in Verwahrung zu nehmen, so wird dies eine sehr wirksame Waffe gegen die Mißstände sein.
  8. Die Umwandlung von Wohnräumen in Dielen, Bars und ähnliche Betriebe ist auch vom Standpunkt der Wohnungsfürsorge höchst bedauerlich. Es sollte dafür überall angestrebt werden, frühere Wohnräume, die in den letzten Jahren in Dielen usw. umgewandelt wurden, ihrer vormaligen Zweckbestimmung wieder zuzuführen. Die angeführten Vorschriften werden auch diesem Zweck dienlich gemacht werden können. Insbesondere wird da, wo derselbe Unternehmer mehrere Schankstätten in einer Stadt unterhält, auf die Rückgabe von Räumen für Wohnungszwecke hinzuwirken sein.
- Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat beim preußischen Minister des Innern beantragt, mit Rücksicht auf die in An-

griff genommene Beschlagnahme der Reichsbankfiliale durch die Franzosen die Reichsbankfiliale an der Grenze des unbesetzten Gebietes mit großen Beträgen auszustatten, damit die Behörden und Firmen ihren ferneren Bedarf an Geldern dort decken können. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß die wirksamste Abhilfe gegenüber solchen Mißständen aus dem Volke selbst kommen muß. Weit über das Gebiet der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs hinaus muß sich unser Volk in allen Kreisen denjenigen sowohl, die ein Vermögen ererbten oder erwarben, wie in denen, die ohne Vermögen schweren Tagesorgen gegenüberstehen, in einheitlicher, ernster und würdiger Auffassung zusammenfinden. Es muß die polizeiliche Bekämpfung von Mißständen nicht nur ertragen, sondern muß sie selbst tragen als aus dem Willen des Volkes hervorgegangene Maßnahmen, wobei die Regierung lediglich Vollzugsorgan gemeinsamer Forderungen des ganzen Volkes ist. Damit soll nicht etwa der Verzicht auf die Freude gefordert werden. Das deutsche Volk, namentlich unsere Jugend, hat das Recht auf Freude. Aber sie soll in würdiger Weise gesucht und gefunden werden. Leibesübungen und Sport jeder sowie die Einkehr bei den Geliebten aller deutschen Kultur sind heute noch auch Unbemittelten leicht möglich. Die Regierungen der deutschen Länder und die Verwalter des großen geistigen Erbes hatten es sich immer angelegen sein lassen, den Weg dazu auch den Minderbemittelten zu erleichtern, und sie werden, in dieser Zeit der Not sich darum doppelt bemühen. Es sollte zum nicht geschriebenen, aber desto stärker wirkenden Gesetz werden, daß auch da, wo das Gesetz und die Polizei nicht eingreifen können und wollen, nämlich im privaten Leben, Lüge und Schlemmerei aufgegeben werden. Danach zu handeln, muß als vaterländisch gelten, dagegen zu verstoßen als ein Verstoß gegen den Ernst der Zeit überall gebrauchbar werden. Die deutschen Frauen sollten sich freihalten von Schmuck und Tand. Die deutschen Männer, vor allem die Jugend, sollten sich Maß und Einschränkungen auferlegen, wie im Genuß des Alkohols so auch im Genuß des Tabaks in einer Zeit, da viele ihr letztes Wertstück hergeben müssen, um ihr Leben zu fristen. Alle irgendwie entbehrlichen Mittel, insbesondere, was bisher für Lüge und Gaftereien üppiger ausgegeben wurde, sollten der Fürsorge für Minderbemittelte und Arme sowie der Fürsorge für die öffentliche Bildung und anderen gemeinnützigen Zwecken zufließen. Auch öffentlichen Anstalten und Unsauberkeiten die in Theater, Lustbarkeiten und auch sonst, häufig ausländische Herkunft zur Schau tragend, vielfach sich breit machen, wird so am stärksten aus der besseren sittlichen Auffassung unseres Volkes, besonders auch unserer Jugend, entgegengegriffen werden, die Gott-seidank größtenteils solche Widerlichkeiten ablehnt. Verbinden sich die führenden Kreise unseres öffentlichen Lebens, sowie von Geisteswelt, Presse und Wirtschaft in solcher Auffassung zu stillem Bunde, so werden sie damit die anständige Gesinnung stärken, Schwankende befestigen und unvornehm Denkende auf die Wege der gesellschaftlichen Sitte zurechtweisen und führen zu dem Ziele, daß unser öffentliches Leben wieder rein und deutsch wird. (gez.) Cuno.

## Deutsche Abwehr.

Ein neues deutsches Verbot.

Berlin, 18. Jan. Den Beamten und Arbeitern der Reichs-Eisenbahnen ist, den Bestimmungen des Reichskohlenkommissars entsprechend, verboten worden, Kohle für Frankreich und Belgien zu befördern oder bei der Umleitung deutscher Kohlenzüge nach diesen Ländern mitzuwirken.

Eine Milliarde Kredit.

Berlin, 19. Jan. Das Reich hat für das besetzte Ruhrgebiet einen Vorstoß von einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt, woraus Entschädigungen für infolge der Besetzung erlittene Personen- und Sachschäden bezahlt werden sollen. Der Präsident des Eisenbahndirektionsbezirks Essen hat laut „Berl. Lokalanz.“ das Verlangen der französischen Besatzungsbehörde auf Umleitung von Kohlenzügen abgelehnt.

Die erste Verhaftung.

Düsseldorf, 18. Jan. Der Präsident des Landesfinanzamtes, Finanzrat Dr. Schlutius, wurde heute von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet, nachdem er aufgefordert worden war, die finanziellen Unterlagen der Oberfinanzkasse den französischen Sachverständigen vorzulegen. Dr. Schlutius wurde unter Bewachung im Automobil fortgeführt; wohin er gebracht worden ist, ist noch unbekannt.

Düsseldorf, 19. Jan. Der Oberdelegierte General Davignes hat an den Regierungspräsidenten von Düsseldorf folgendes Schreiben gerichtet: „Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß heute nachmittag im Landesfinanzamt bei Herrn Dr. Schlutius eine Durchsuchung eingeleitet worden ist. Infolge dieser Durchsuchung wird gegen diesen Beamten vorgegangen werden: 1. wegen äußerster Unverschämtheit, die er im Verlaufe von Unterhaltungen und Verhandlungen mit verschiedenen französischen Beamten, die in offizieller Sendung zu ihm kamen, bewiesen hat.“

## Ausschluß der Franzosen und Belgier aus Berliner Hotels.

Berlin, 20. Januar. Der Verein Berliner Hotel- und verwandter Betriebe hat aus freien Stücken in Erfolg früherer Beschlüsse folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Es darf an jeden Gast nur ein Hauptgericht mit Fleisch abgegeben werden. 2. Butter darf nicht, auch nicht zum Frühstück, abgegeben werden. 3. Eier dürfen zum Frühstück nicht abgegeben werden. 4. Jede Schaustellung



von Lebensmitteln in den Schaufenstern und unnützes kaltes Büffet ist verboten. 5. Französische und belgische Gäste werden in Hotels nicht aufgenommen. 6. Französische und belgische Zeitungen dürfen nicht ausgelegt werden. 7. Französische und belgische Werte und Noten werden nicht in Zahlung genommen. 8. Französische und belgische Weine und Liköre, sowie Lebensmittel werden weder ge- noch verkauft. Die Lieferanten werden dringend aufgefordert sich anzuschließen und keine französische und belgische Ware mehr zu führen.

Neue Gewalttaten.

Beschlagnahme staatlicher Bergwerke.

Essen, 19. Jan. Heute morgen wurde mit der Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke in der Gegend von Buer und Horst-Emscher begonnen. Die Franzosen gingen mit großer Vorsicht vor, offenbar in der Befürchtung, daß die Besetzung nicht glatt ablaufen werde. Die französischen Truppen umstellten die Zechen und verhafteten die Direktoren, u. a. Oberbergat Ahrens, weil dieser erklärt hatte, daß er die Kohlen zwar fördern, aber auf die Halben stützen werde. In Westerholt sind nach den bisher vorliegenden Nachrichten auch die Kohlenexpeditionen von den Truppen inhaftiert worden; sie dürfen ihre Zimmer bei Tag und bei Nacht nicht verlassen. Die französischen Offiziere haben sich dann mit den Betriebsräten in Verbindung gesetzt. Diese antworteten sofort mit einem sehr energischen Protest gegen den Gewaltakt und stellten folgende Forderungen auf: 1. Sofortige Freilassung der Vorgesetzten und Angestellten. 2. Entfernung des Militärs von den Gruben. Diese Forderungen sind, wie verlautet, nicht glatt abgelehnt worden, sondern die Truppen verließen, durch Verhandlungen die Betriebsräte zu beeinflussen. Auf einer Zeche sollten sie unter dem Druck der Drohung, daß die Arbeit eingestellt werde, wieder abgezogen sein. Die verhafteten Direktoren wurden nach Düsseldorf gebracht. Der Gesamtbetriebsrat der staatlichen Bergwerks-Direktionsbezirke hat erklärt, daß er seine Arbeit einstellen würde, wenn die Verhaftungen nicht aufhören. Auf der Hibernia-Zeche ist die Besetzung noch nicht erfolgt. Ueber die Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke wird noch gemeldet, daß die Franzosen in Stärke von einer Kompanie anrückten und die Zecheneingänge mit Maschinengewehren besetzten. Ingenieure unter militärischer Bedeckung begaben sich in die Zechen und verlangten die Verladung von Kohlen nach Frankreich. Um 12 Uhr mittags wurde die Besetzung weiterer fiskalischer Zechen gemeldet. Ueberall ist die Erregung unter der Arbeiterschaft außerordentlich groß. Sie verlassen die Arbeitsstätten und verlangen die Freilassung der verhafteten Beamten sowie die Räumung der Zechen unter der Androhung, sonst sofort die Arbeit einstellen zu wollen.

Besetzung der Reichsbanken im besetzten Gebiet.

Wiesbaden, 19. Jan. Die Franzosen haben heute die hiesige Filiale der Reichsbank und das Zollamt besetzt. Vor dem Reichsbankgebäude steht ein Doppelposten.

Anscheinend handelt es sich um eine Maßnahme, die sich auf alle Reichsbankstellen im besetzten Gebiet erstreckt. Wie wir erfahren, steht seit heute morgen auch vor der Reichsbankstelle in Ludwigshafen ein Posten, und die Direktion wurde angewiesen, staatliche und andere öffentliche Konten zu sperren, während der Privatverkehr sich ungehindert abwickelt. Auch hat die Besatzungsbehörde der bayerischen Zweigstelle des Reichskommissariats in Ludwigshafen die Weisung erteilt, sich nur nach ihren Befehlen zu richten. Die Bayerische Staatsbank arbeitet nach unseren Informationen ungehindert weiter.

Deutsch-französischer Notenwechsel.

Berlin, 19. Jan. Die Reichsregierung hatte durch ihren Geschäftsträger in Paris unterm 17. Januar die französische Regierung vorförmlich darauf aufmerksam machen lassen, daß die französisch-belgischen Truppen bei einem weiteren Vormarsch über Dortmund hinaus in das Gelände deutscher Garnisonen kommen würden. Darauf ließ Poincaré dem deutschen Geschäftsträger folgende Note zugehen: „Sie lassen mich durch Ihren Brief vom heutigen Tage wissen, daß die deutsche Regierung sich verpflichtet glaubt, rechtzeitig die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Tatsache zu lenken, daß, falls die französischen und belgischen Truppen den Vormarsch auf deutschem Gebiet fortsetzen, sie auf Gebietsteile gelangen würden, wo Garnisonen deutscher Truppen sich befinden. (Die nächste Garnison ist Münster in Westfalen. D. Red.) Ich habe die Ehre, Sie zunächst daran zu erinnern, daß die von der französischen und belgischen Regierung getroffenen Maßnahmen

um Deutschland zur Lieferung der an Frankreich geschuldeten Kohle anzuhalten, in keiner Weise den Charakter einer militärischen Operation tragen. Ich kann mich in dieser Hinsicht nur auf die Worte meines Schreibens beziehen, das ich am 10. Januar an Dr. Mayer richtete. Ich bin ferner verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß die auf Befehl der Reichsregierung eingenommene Haltung der Ruhrindustriellen es den alliierten Behörden unmöglich macht, auf gutlichem Wege vorzugehen, und sie vielmehr zwingt, die zu liefernde Kohle zu requirieren und Umleitungen im erforderlichen Maßstabe vorzunehmen.

Die Alliierten haben augenblicklich die Pflicht, vor allem für die Abwicklung der fälligen Reparationsleistungen, für die Bedürfnisse des Ruhr- und des linksrheinischen Gebietes zu sorgen. Den anderen Teilen Deutschlands wird lediglich der danach verbleibende Ueberschuß zugeführt werden können. Sollte also durch die Schuld der deutschen Behörden oder der Industriellen die Förderung unter die gegenwärtige Ziffer herabsinken, so würden dadurch möglicherweise alle Kohlenlieferungen nach Deutschland verhindert werden. Ich bitte Sie, die deutsche Regierung für alle Fälle hierauf aufmerksam machen zu wollen. (gez.) Poincaré.“

Die deutsche Antwort.

Der deutsche Geschäftsträger von Hörsch wurde daraufhin beauftragt, Poincaré folgendes zu antworten: „Die französische Regierung beantragte den Hinweis, daß die uns zugehörige und gedrungene französisch-belgische Armee bei weiterem Vordringen das Gelände deutscher Garnisonen betreten würde, mit der Wiederholung der Behauptung, daß die von ihr gemeinsam mit der belgischen Regierung getroffenen Maßnahmen keineswegs den Charakter einer militärischen Operation hätten. Sie teilte bei dieser Gelegenheit ferner mit, daß sie durch die den Zechenbesitzern im Ruhrgebiet erteilten Weisungen der deutschen Regierung zur Requisition von Kohlen und zur Umleitung von Transporten gezwungen sei und daß sie für das nicht besetzte Deutschland nur denjenigen Teil der Produktion des Ruhrgebietes freigeben könne, der nach Befriedigung der Reparationsforderungen und der Bedürfnisse des besetzten Gebietes etwa noch übrig bleiben würde.“

Die deutsche Regierung hält jede weitere Erörterung über den französisch-belgischen Einmarsch für überflüssig. Sie kann nur ihrer Verwunderung Ausdruck geben, daß die französische Regierung vor aller Welt den offenkundigen Charakter ihrer Aktion auch jetzt noch ableugnen zu können glaubt. Die deutsche Regierung muß sich jedoch dagegen verwahren, daß die französische Regierung mit ihrer Begründung der geplanten Requisition und anderer Zwangsmaßnahmen einen neuen Versuch macht, den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Die Unmöglichkeit Kohlen für Reparationszwecke und für den Bedarf des besetzten Gebietes auf ordnungsmäßigem Wege zu liefern, ist nicht die Folge des Verhaltens der deutschen Regierung oder anderer deutscher Stellen, sondern die Folge des rechtswidrigen Einmarsches. Die französische Begründung läuft auf die Behauptung hinaus, daß Frankreich deshalb zu immer größeren Formen des Unrechts befugt sei, weil das zuerst begangene Unrecht des Einmarsches in deutsches Gebiet von Deutschland nicht unterföhrt wurde. Uebrigens weist die deutsche Regierung darauf hin, daß die Ausführung der Drohung, für Deutschland lediglich den verbleibenden Rest der Kohlenproduktion freizugeben, ein neuer Rechtsbruch sein würde, weil nach dem Vertrag von Versailles der notwendige Bedarf Deutschlands den Vorrang vor den Reparationsforderungen hat.“

Angebrogener deutscher Widerstand.

Berlin, 19. Jan. Da in Frankreich zu dem durchsichtigen Zweck, die offenbar weichende Stimmung zu stärken und die Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Ruhraktion zu zerstreuen, die absolute Behauptung immer wieder auftaucht, die deutsche Reichsregierung werde in der Festigkeit ihrer Abwehr schwankend, so hat das B. L. den Reichsminister des Aeußern gebeten, sich dazu zu äußern. Der Minister des Aeußern hat folgendes erklärt: Die Reichsregierung verharret unbekümmert auf der Linie, die der Reichskanzler in seiner Rede vom 13. Januar im Reichstag vorgezeichnet hat. Das ist die Linie des zwar nicht aggressiven, aber entschlossenen, moralischen Widerstandes gegenüber dem Gewaltakt, der mitten im Frieden unsere Hoheitsrechte verletzt, der deutsches Gebiet unter fremde militärische Macht stellt, die deutsche Bevölkerung der schwersten Drangale aussetzt und das deutsche Eigentum der Willkür ausliefert.

Wir waren von anfang an davon überzeugt, daß das französische Unternehmen mit einem Mißerfolg für seine Urheber enden wird und unsere bisherigen Beobachtungen sind nur dazu angetan, uns in dieser Ueberzeugung zu bestärken. Einer der Führer unserer Bergarbeiter, auf deren Haltung wir mit Stolz und Vertrauen blicken, hat den Franzosen erklärt, daß mit Bajonetten keine Kohlen zu fördern sind. Das ist die praktische Reue-situation.

Wir sind gefaßt darauf, daß die verschiedensten Versuche erfolgen werden, um den Widerstand der Unternehmer und die ruhige Entschlossenheit der Arbeiter zu brechen. Das wird nicht gelingen. Die Franzosen werden versuchen, durch wachsende Maßnahmen gewisse Mengen Kohlen und Koals nach Frankreich und Belgien zu schaffen; aber in dem für sie günstigsten Falle werden so erzwungene Lieferungen immer nur ein Bruchteil dessen sein, was freiwillige deutsche Arbeit ihnen verschafft hat und weiter verschafft haben würde. Das kunstvolle System der Eisenbahnen im Ruhrgebiet mit fremder Hand zu beherrschen und mit militärischem Zwang zu regulieren, ist kein geringes Unterfangen. Man droht mit einer Beschlagnahme der Minen. Eine Kohlengrube ist ein unendlich feiner Mechanismus, dessen Produktivität mit der Freiwilligkeit der darin geleisteten Arbeit und der Sachkenntnis der erfahrenen Leitung steht und fällt. Eine beschlagnete Mine ist nichts als ein Loch oder eine Höhle im Erdboden. Wir sind uns vollkommen bewußt, welche schweren Nöte der Bevölkerung im Ruhrgebiet aber auch dem gesamten deutschen Volke aus dem Festhalten an der klaren Linie des Widerstandes erwachsen müssen; aber das Volk und die Regierung sind sich darüber klar, daß ihnen keine Wahl bleibt. Wenn wir uns beugen, sind wir verloren. Bringen wir die fittliche Kraft auf, im Widerstand zu beharren, so kommen wir durch.

Die Lohnzahlungen erschwert.

Düsseldorf, 19. Jan. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat an den Oberbelegierten für die deutsche Zivilverwaltung General Davigne, ein Schreiben gerichtet, in welchem er sagt, die Beschlagnahme der Kassenbestände der hiesigen Reichsbank werde zur Folge haben, daß die in den nächsten Tagen fälligen Lohn- und Gehaltszahlungen an eine überwiegende Zahl von Beamten, Arbeitern und Angestellten Düsseldorfs vollkommen ins Stocken geraten. Was dieser Umstand für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bei Ansammlung von mehr oder weniger bereits verelendeten Menschenmassen bedeutet, dürfe er bei langjährigem Kennen der örtlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen als bekannt voraussetzen. Er erhebe daher nicht nur in amtlicher Eigenschaft, sondern auch namens der Menschlichkeit schärfste Verwahrung gegen die getroffenen Maßnahmen, die auch einen Eingriff in das Privateigentum bedeuten, insofern, als die Reichsbank nach den deutschen Gesetzen ein Privatunternehmen ist.

Von einem französischen Posten erschossen.

Langendreer, 19. Jan. Heute wurde auf dem Heimwege der Krankenpfleger Komowski in Langendreer von einem französischen Posten erschossen.

Berlin, 20. Jan. Wegen der Erschießung des Krankenschwäfers Komowski vor dem Amtsgericht in Langendreer protestierte der Bürgermeister sofort bei dem französischen Oberst unter dem Hinweis darauf, daß in diesem Falle ein einzelner Wehrloser von einem Franzosen erschossen worden sei. Der Oberst antwortete abschließend: er bebaue zwar den Vorfall, der Soldat habe aber durchaus nach seiner Instruktion gehandelt. Die Blätter bemerken dazu, daß an jeder Ecke ein Doppelposten mit solchen Instruktionen stehe. Das ist die friedliche Besetzung!

Bergleute von französischen Posten beschossen.

Horst, 20. Januar. Auf der Eisenbahnbrücke Horst a. d. R., auf dem Wege nach Altendorf, wurden heute beim Heimgang von der Schicht Bergleute an einer Zeche von dort stehenden französischen Posten beschossen. Nach einem ganz kurzen Anruf an Französisch feuerten die Posten sechs Schüsse ab. Ob jemand getroffen wurde, läßt sich noch nicht feststellen, da noch nicht alle Bergarbeiter zurückgekehrt sind.

Verhaftungen.

Essen a. d. Ruhr, 20. Jan. Die für heute vormittag von General Fournier vorgeladenen Herren Friz Thissen, Generaldirektor Tengelmann — Essener Steinkohlenbergwerk, Bergassessor Dese — Gelsenkirchener Bergwerk A.-G., Bergassessor Resten, Zeche Dahlbusch, Generaldirektor Wuesterhoefer — Essener Bergwerksverein König Wilhelm, Direktor Spindler — Gewerkschaft Viktoria Matthias sind verhaftet worden und unter militärischer Begleitung nach Düsseldorf gebracht worden. Ueber den Grund der Verhaftung ist noch nichts bekannt. Gleichzeitig hat die Wiederbesetzung der

Tausendfältig Unglück.

Roman von H. Hill.

41) Nachdruck verboten.

„Ist Herr Roger Marske hier?“ fragte sie. „Nein, Fräulein,“ war die rasche Antwort. „Er kam gestern abend, aber er blieb nicht mehr als eine Stunde; einer der Grooms hat ihn nach Brentwood gefahren, aber da es für den letzten Zug zu spät war, muß er dort geblieben sein.“ Wie froh war Janet, daß sie nicht darauf bestanden hatte, ebenfalls nach Brentwood zu gehen; sie hätte mit dem Flüchtling zusammentreffen können, und sie wußte gut genug, welches Schicksal in diesem Falle ihrer gewartet hätte.

Um zehn Uhr kam daselbe Mädchen zurück, um Janet zu sagen, daß der Wagen an der Tür stand und daß Sir Gideon sie erwartete; sie sollte so freundlich sein, zu ihm hinaunterzugehen.

Janet fand ihren Gastgeber in der großen, eichen getäfelten Halle; trotz der Sommerhitze waren seine hageren Schultern in einem Plaid gehüllt. Sein Gesicht sah fahl und verstört aus, wie wenn er die Nacht in schweren Sorgen durchwacht hätte. Aber als er auf das junge Mädchen zuging, schien seine Haltung fester und sicherer, als während der kurzen Unterredung am vorhergehenden Abend. Janet war sehr froh, daß er keinen Versuch machte, ihr die Hand zu schütteln, denn jede überflüssige Freundlichkeit von dieser Seite würde nur ihre Unruhe vermehrt haben.

„Ich hoffe, daß meine Leute es Ihnen behaglich gemacht haben,“ sagte er. „Allo das ist in Ordnung. Wenn Sie bereit sind, können wir aufbrechen, denn wir haben eine lange Fahrt vor uns.“

Vor dem Portal wartete ein halboberdeckter Wagen, der von einem Paar schöner Pferde gezogen wurde; der Kutscher trug eine gepuderte Perücke und ein ebenfalls gepudertes Dienertuch hielt die Hand am Wagenschlag. Sir Gideon ließ sich so weit als möglich von Janet entfernt in den Polstern nieder und beobachtete ein strenges Stillschweigen, bis sie das Tor verlassen hatten; dann beugte er sich plötzlich vor und sagte:

„Abgesehen vom unmittelbar in Frage kommenden Zweck haben Sie und ich nichts miteinander gemein. Sie werden doch nicht von mir erwarten, daß ich meinen Gefühlen Gewalt antue, indem ich eine höfliche Scheinkonversation mit Ihnen führe; auch weigere ich mich, den Gegenstand, der unsere Gemüter jetzt am meisten beschäftigt, zu diskutieren.“

„Ich würde es vorziehen, nicht zu reden, aber ich glaube, daß Sie mir schuldig sind, zu sagen, wohin wir gehen.“

„Dagegen habe ich nicht den mindesten Einwand zu machen,“ gab er zur Antwort, und seine Lippen verzogen sich seltsam. „Aus dem, was mein Sohn mir gestern abend gesagt hat, geht hervor, daß er im Geheimen mit Hauptmann Rivingtons Schwester verheiratet gewesen war; sie haben zusammen einige Zeit auf einer Nacht verbracht, die jetzt auf der Viktoria-Werft liegt. Wir fahren dorthin, um den Kapitän des Schiffes zu sehen, der in der Lage ist, diese Beziehungen zu bezuggen und auch, daß mein Sohn seine Frau nach einem ersten Streite verließ.“

Die Fahrt war sehr lang; während derselben wechselten sie kein Wort mehr, aber Sir Gideons Enthüllung gab Janets Gedanken reichlichen Stoff. Roger Marskes Bewerbung um Lady Muriel warf ein helles Licht auf den Grund, aus welchem er Klara getötet hatte und Frau Rivington dazu, im Falle die letztere von dieser heimlichen Ehe Kenntnis erhalten hätte. Sie sah alles klar vor sich, und zweifellos würde die Jury, welche das Urteil gegen Roger Marske zu fällen hatte, ebenso denken. Es war die alte Geschichte von einer heimlichen Ehe, der raschen Reue von seiten des Gatten, der zum Verbrechen seine Zustimmung nahm, als sich ihm in einer besseren Heirat mehr materielle Vorteile boten.

Mittag war vorbei, als die schöne Equipage, welche die rauchigen Straßen des East End in Erstaunen versetzt hatte, beim Werflüster vorfuhr. Janet nahm eine leichte Veränderung in Sir Gideons Haltung wahr, gleich nachdem sie ausgestiegen waren. Ein- oder zweimal während der Fahrt hatte sie bemerkt, daß sein Auge auf ihr ruhte und sich sofort abwandte, wenn er ihrem Blick begegnete; jetzt aber spielte er vor dem Kutscher, dem Diener und anderen zufälligen Zuschauern den galanten alten Herrn.

„Sie werden irgendwo einen Platz finden, wo Sie ausruhen und die Pferde tränken können, Capps. Es kann eine Stunde, vielleicht auch zwei dauern,“ sagte er. „Nun,“ fügte er zu Janet gewendet mit einem Lächeln hinzu, „wollen wir gehen und das berühmte Schiff suchen.“

Sie passierten mehrere der Kais, und Sir Gideon prüfte den Bug eines jeden Schiffes im Vorübergehen; dann wandte er sich mit einer ungeduligen Gebärde an einen Hafenbeamten.

„Können Sie mir sagen,“ fragte er, „wo ich ein Dampfschiff mit Namen „Nachtschatten“ finden kann?“

„Nächste Biegung links, zweiter Ankerplatz, im Bassin Nummer zwei,“ erwiderte der Mann.

Sir Gideon murmelte seinen Dank und eilte weiter, aber der Beamte rief ihm als Gratisauskunft nach: „Der Schiffsherr hat seine Papiere verlangt; er segelt heute abend unerwartet ab, wie ich höre.“

Der Minister schien seine Mittelsamkeit nicht zu würdigen, denn er murmelte etwas, das wie „Vorlauter Bursche“ klang, und lenkte Janets Aufmerksamkeit in eine andere Richtung, indem er sie bat, ihm beim Auffinden des Schiffes behilflich zu sein.

Ihre junge Augen entdeckten denn auch zuerst den gesuchten Namen, aber es war schwierig, die Erscheinung des Schiffes mit Sir Gideons Beschreibung desselben als einer Yacht in Einklang zu bringen. Sein niedriger, schwarzer Rumpf, der hier und da Flecken von rostigem Kupfer trug, sein schmutziger Rauchfang und sein unordentliches Bedeck verließen ihm eher das Aussehen eines Handelschiffes oder eines kleinen Reisedampfers. Als Janet es Sir Gideon zeigte, hätte sie fast ihrem Befremden Ausdruck gegeben, aber sie unterdrückte es, denn sie hielt es nicht für der Mühe wert, sich mit solchen Kleinigkeiten aufzuhalten.

„Wir wollen sofort an Bord gehen,“ sagte Sir Gideon kurz.



staatlichen Zechen durch französische Truppen begonnen. Die Zechen Bergmannsglück ist bereits besetzt. Kokerei und Kohlenexpedition sind mit Beschlag belegt. Gegen die übrigen Gruben befinden sich die Truppen im Anmarsch. Der gestern verhaftete Oberbergamt Ahrens und der verhaftete Kohlenepidont Bort sind nach Essen geschickt worden. In Mülheim ist eine Kommission in das Kohlenkontor eingedrungen und hat die Herausgabe der Statistiken und die gesamten Bücher verlangt. Die Beamten lehnten dies ab und traten sofort in den Streik. Zurzeit befindet sich die Kommission noch auf dem Kohlenkontor und verhandelt mit den Direktoren.

Essen, 20. Januar. Fritz Thyssen und die Generaldirektoren Tengelmann, Wüstenhöfer, Resten und Spindler und Bergassessor Dese, die heute vormittag verhaftet worden sind, sowie Geheimrat v. Kalfseisen und Oberbergamt Ahrens von der staatlichen Bergwerksdirektion wurden zur kriegsgerichtlichen Unterjuchung nach Mülheim geschickt.

Essen, 20. Jan. Heute mittag sind Oberpostdirektor Mäurer und Telegraphendirektor des Bauamtes Zehme von der Befugungsbehörde verhaftet worden, weil sie entsprechend den Anweisungen des Reichspostministeriums den Anordnungen der Befugungsbehörde keine Folge geleistet haben.

**Geplanter Generalkstreik in den staatlichen Zechen.**

Berlin, 20. Jan. Wie der „Vorwärts“ meldet, werden voraussichtlich am Montag die Beamten, Angestellten und Arbeiter der staatlichen Zechen in den Streik treten.

Berlin, 20. Jan. Nach einer Meldung der „Bos. Ztg.“ haben wegen der Verhaftung des Generaldirektors Tengelmann von den Essener Steinkohlenbergwerken sämtliche Beamten dieser Gesellschaft die Arbeit niedergelegt.

Als Antwort auf die Verhaftung der Zehendirektoren und die andern französischen Gewalttaten werden voraussichtlich bereits am Montag mehrere Hunderttausend Ruhrbergleute streiken. Die Franzosen beschleunigen also mit ihrer Methode die Katastrophe. Die heutigen Ereignisse und zahlreiche französische Blätterstimmen geben uns die Gewissheit, daß Frankreich vorläufig wenigstens in der Praxis mit der gleichen Entschlossenheit weiter gehen und die schärfsten und brutalsten Mittel in Anwendung bringen wird. Die Ausichtslosigkeit des Versuches, durch Intrige und Gewalt den deutschen Widerstand zu brechen, und die Ruhrkohlenreichtümer der französischen Erzindustrie zuzuführen, wird die Wut der Angreifer steigern und sie zu jener brutalen Planlosigkeit auszuwachen lassen, für die die Verhaftung der Kohlenindustriellen bereits die ersten Symptome sind. Es ist zu beachten, daß in die Wutausbrüche der Pariser Zeitungen sich jetzt immer wieder der Unterton der Sorge mischt, die aus den trüben Erfahrungen der letzten Tage geboren ist. Immer mehr sehen sich die Blätter veranlaßt, vor Optimismus zu warnen und auf Enttäuschungen vorzubereiten. Aus dieser Stimmung heraus ist wohl auch die Tatsache zu erklären, daß der erste französische Versuchsballon aufgeblasen ist. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet seinem Blatte aus Paris, „dort sei keinerlei Widerstand gegen weitere Erörterungen vorhanden.“ Er läßt durchblicken, daß man in Paris bereit ist, von der Ruhraktion abzulassen, wenn Deutschland durch neue Angebote die Anregung dazu gebe. Er deutet ferner an, daß die Pariser Regierung entgegenkommen würde, wenn Deutschland sich dazu verstände, in Paris um gut Wetter zu bitten. Zurückgehen könne man allerdings nicht. Dazu ist zu sagen: Die Angelegenheit ist für die deutsche Regierung in allen Punkten erledigt. Erstens hat Deutschland, dem schwerstes Unrecht geschehen ist, keinen Grund, den Frevel um Abstellung des Unrechts zu bitten. Zweitens hat die deutsche Regierung wiederholt ihren Standpunkt dahin festgelegt, daß keine Verhandlungen mit Frankreich möglich sind, ehe nicht das widerrechtlich besetzte Gebiet geräumt sei. Der „Times“-Bericht schließt sich mit der Feststellung, „in Frankreich werde erkannt, daß es ein Kampf auf Leben und Tod sei“. Wer hat diesen Kampf herbeigeführt? Frankreich! Wegen ein paar Hundert nichtgelieferter Telegraphenstangen und Tonnen Kohlen ist der Einmarsch einer Armee von mindestens hunderttausend Mann erfolgt und fremdes Land im Frieden überfallen worden. Auf Leben und Tod führt Frankreich den von ihm gewollten Kampf. Aber auch für den Tod Deutschlands — das ist der wertvolle Kern des französischen Geständnisses, das übrigens in vielen Varianten in den Pariser Blättern dieser Tage auftaucht. Es geht um Leben oder Tod, nicht um Telegraphenstangen oder Kohlen. Das wissen die Franzosen ebenso gut wie wir. Aber auch im Auslande wird die Erkenntnis dieser Tatsache und ihrer Bedeutung eines Tages aufdämmern.

**Der Wortlaut der deutschen Protestnote.**

Berlin, 20. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: „Die militärische Besetzung des Ruhrgebiets hat zu Gewaltmaßnahmen der Befehlshaber geführt, die eine neue schwere Rechtsverletzung darstellen. Nachdem die deutsche Regierung die Besetzung als Rechts- und Vertragsbruch gekennzeichnet hat, erübrigt es sich, die Rechtswidrigkeit aller dieser Maßnahmen einzeln nachzuweisen. Einen Vorfalle aus der Reihe der rechtswidrigen Akte muß die deutsche Regierung jedoch besonders hervorheben, weil er eine schwere Bluttat gegen Deutschland zur Folge gehabt hat und die Willkür des französisch-belgischen Vorgehens auf Deutsche in die Erscheinung treten läßt. Der in Rede stehende Vorfalle hat sich nach den der deutschen Regierung bis jetzt zugegangenen Berichten folgendermaßen abgespielt: Am 15. Januar, abends, kam es in Bochum unter dem Eindruck der militärischen Besetzung der Stadt zu Kundgebungen, die darin bestanden, daß Ansammlungen von Einwohnern — patriotische Lieder singend — durch die Straßen zogen. Ein solcher Zug, der sich aus Arbeitern und Angestellten zusammensetzte, kam in die Nähe des Eisenbahndirektionsgebäudes, wo französische Posten stehen. Die Posten forderten die Arbeiter auf, das Singen einzustellen und schossen in die Menge hinein. Ein junger Mann, der Sohn des Lokomotivführers Birde, wurde sofort getötet, mehrere andere Personen wurden verletzt. Es steht fest, daß die an dem Zuge teilnehmenden Personen nicht bewaffnet waren und daß sie die Posten weder angegriffen, noch auch gedroht haben. Erst nach dem Vorfalle ist von dem französischen Kommandanten eine Anordnung erlassen worden, die Ansammlungen auf den Straßen untersagt. Die deutsche Regierung erhebt gegen diesen Gewaltakt auf Deutschland schärfsten Protest. Sie behält sich vor, für die dem Gewaltakt zum Opfer gefallenen Personen und für ihre eigene Person Genugtuung zu fordern.“

**Am die internationale Kaufmannschaft.**

Der Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handeltags hat nach einer Ansprache des Präsidenten v. Mendels-

John eine Erklärung angenommen, die einen Aufruf an die internationale Kaufmannschaft enthält. Es heißt darin: „Wir stellen vor der Kaufmannschaft der ganzen Welt fest, daß die französische und die belgische Regierung die Befugnis in Anspruch nehmen, von den Handelskammern, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, sowie den Kaufleuten Auskunft zu verlangen, sie zur Mitarbeit an ihrem die deutsche Wirtschaft vernichtenden Vorgehen zu zwingen und die Bureaus und Betriebsanlagen zu durchsuchen. Erfahrungsgemäß gestellt sich dazu die große Verletzung des Briefgeheimnisses. Der deutsche Kaufmann soll mithin, weil wir wehrlos sind, von fremden Mächten gezwungen werden, sich zu unterwerfen, was kein gefittetes Volk dem Kaufmannsstande in seinem eigenen Lande zumuten würde. Wir wissen, daß die Drohungen an der Festigkeit der deutschen Unternehmer und der Arbeitnehmer in Industrie, Handel und Verkehr des besetzten Gebiets wie bisher, so auch künftighin wirkungslos abprallen werden. Wir sprechen beiden für die bisherige Haltung unseren wärmsten Dank und unsere aufrichtige Anerkennung aus. Aber diese Zuversicht enthebt uns nicht unserer Verpflichtung, in dieser Stunde vor der ganzen Welt festzustellen, daß von der Nation, die sich von jeher ihres Sinnes für die Freiheit und die Ritterlichkeit rühmte, ein so schmähvoller und unerhörter Eingriff in die Rechte eines freien Volkes und seines Kaufmannsstandes erfolgt ist, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat, seitdem sie den Begriff „freie Kulturvölker“ und feierlich geschlossene Friedensverträge kennt.“

**Frankreich und die Vorgänge in Memel.**

Paris, 19. Jan. Die Vorgänge in Memel werden hier trotz der Inanspruchnahme durch die Ruhrbesetzung aufmerksam beachtet. Am Quai d'Orsay wird die Lage in Memel als schlecht bezeichnet. Man äußert die Befürchtung, daß die dortigen Vorgänge Unruhen in Ostpreußen und Oberschlesien zur Folge haben könnten und beruft sich dabei auf beunruhigende Anzeichen in den genannten Gegenden, über die Nachrichten beim hiesigen Ministerium des Äußeren eingelaufen seien. Ein Gerücht, nach dem die Sowjets in der Gegend von Smolensk Truppen angeblich zu Manöverzwecken zusammenziehen, ist amtlich nicht bestätigt. Am Quai d'Orsay befürchtet man, daß schon das Gerücht von einer derartigen Truppenkonzentration genügen könnte, um Unruhen in Ostpreußen oder Oberschlesien zu veranlassen.

**Der russische Protest.**

Riga, 19. Jan. Wie bereits gemeldet, hat das allrussische Zentralvolkskomitee einen Aufruf gegen die Besetzung des Ruhrgebiets erlassen. In diesem heißt es u. a.: Fremde Unterjocher greifen nach dem Herzen der deutschen Industrie und verfehlen dem deutschen Volke einen furchtbaren Schlag. Europa steht noch immer vor der Drohung des Krieges. In diesem kritischen Augenblick kann Rußland nicht mehr schweigen und wendet sich an die Völker der ganzen Welt. Der schmähvolle und absurde Versailler Vertrag ist es, der das Chaos im Wirtschaftsleben Europas und den tiefen Haß der Völker gegeneinander verursacht. Die gegenwärtige Regierung Frankreichs aber begnügt sich noch nicht mit den Versailler Friedensbedingungen; in unstillbarer Raubgier bricht sie selbst diesen Vertrag, um das deutsche Volk vollends zu erdrücken. Die französischen Imperialisten werfen wieder einmal das Schwert auf die Waagschale der Geschichte. Frankreichs Verbündete sind mitschuldig, denn sie sind nicht gegen die französischen Absichten aufgetreten, sondern unterstützen sie oder waschen ihre Hände in Unschuld. Die Verantwortung dafür, was geschieht, und auch dafür, was noch geschehen wird, fällt daher nicht allein auf Paris, sondern auch auf London, Rom, Brüssel und Tokio. Das deutsche Volk muß in untröstlicher Armut und Unterdrückung bluten, denn die Ruhrbesetzung gibt der deutschen Wirtschaft den Todesstoß. Wir leben wieder in dem fieberhaften Zustand, wie er sich vor großen Kriegen bemerkbar macht. Der Versailler Vertrag hat Europa in ein Pulverfaß verwandelt. Rußland protestiert mit Energie gegen die Verletzung der souveränen Rechte Deutschlands und erjudet die Völker der Welt, auf der Hut zu sein. Der Aufruf ist von dem Vorsitzenden der Allrussischen Zentral-Vollzugskomitees, Kassinin, und dem Sekretär Saprnow unterzeichnet.

**Englische Sorgen.**

London, 19. Jan. Die Maßnahmen der Franzosen über den Eisenbahnverkehr im Ruhrgebiet haben der deutschen Mark in London einen neuen furchtbaren Stoß versetzt, die zeitweilig 115 000 für das Pfund notierte. Finanzielle Kreise warten mit Beunruhigung darauf, was nun eintreten wird. Man ist davon überzeugt, daß die französische Regierung selber nicht die Tragweite ihrer Politik übersehen, und ist seit gestern angefüllt der von Bonar Law versprochenen Neutralität Englands ziemlich beunruhigt. Gewisse Kreise verlangen bereits eine Aenderung der englischen Politik. In offiziellen Kreisen des auswärtigen Amtes erklärt man demgegenüber, England habe keinerlei Grund, irgend eine Initiative zu ergreifen. Man weist daraufhin, daß, wenn es Deutschland gelingen sollte, durch sein Verhalten den französischen Plan zum Scheitern zu bringen, in der deutschen öffentlichen Meinung ein derartiger Umschwung vor sich gehen könnte, daß es sehr fraglich sei, ob England auch nur noch die Kosten der Besatzungstruppen im Rheinland von Deutschland erhalten würde. Man befürchtet, daß man sich in diesem Falle einem Deutschland gegenüber sehen könnte, das infolge seines Triumphes über die französische Aktion im Ruhrgebiet fest entschlossen wäre, nichts zu zahlen.

**Abkehr Italiens von Frankreich.**

Rom, 18. Jan. Die hiesige Abendpresse verurteilt einstimmig die Ausdehnung der französischen Aktion im Ruhrgebiet. Das der Regierung nahestehende „Giornale d'Italia“ schreibt: „Das französische Vorgehen ist nichts anderes als die Verletzung fremden Gebiets mitten im Frieden und die Deutschen haben vollkommen recht, wenn sie behaupten, daß Frankreich aufgrund des Friedensvertrages nicht berechtigt ist, aus eigener Initiative und ohne vorheriges Abkommen mit allen andern Signatarmächten Umstände zu schaffen, welche die Lage Europas ernstlich bedrohen.“

**Entäußerung in Frankreich.**

London, 19. Jan. Alle hier vorliegenden Nachrichten stimmen darin überein, daß sich die Lage an der Ruhr infolge des festen deutschen Widerstandes für die Franzosen wesentlich verschlechtert habe. Der Pariser Korrespondent der „Times“, der in der Regel die Auffassung der amtlichen französischen Kreise wiedergibt, stellt fest, daß die Entwicklung der Dinge unter jedem Gesichtspunkt einen alarmierenden Eindruck machen und deutet an, daß der Augenblick gekommen sei, wo von dritter Seite ein Vermittlungsversuch gemacht werden müsse, ehe es zu spät sei.

Die deutsch-französische Frage vor dem Völkerbundsrat. London, 17. Jan. Die letzte Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet und ihre voraussichtliche Rückwirkung auf die politische und wirtschaftliche Lage Europas werden in politischen Kreisen mit großer Besorgnis beobachtet. Man fürchtet, daß der Konflikt zwischen den wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung und der französischen Militärgewalt zu Unruhen führen wird, denen Blutvergießen und Maßnahmen folgen werden, wie sie im Kriege üblich waren. Das werde auf unabsehbare Zeit hinaus die Stimmung in Europa erbittern und die Beziehungen zwischen den europäischen Völkern vergiften. Die neue Wirkung der deutsch-französischen Krise bestärkt die englische Regierung in ihrer Zurückhaltung. Man erwartet, daß nach sehr vorsichtigen Untersuchungen unter neutraler Vermittlung und nach zahlreichen Sondierungen in den alliierten Kanzleien die kommende Tagung des Völkerbundsrates die deutsch-französische Frage ansprechen wird, aber nur in sehr vorsichtiger und zurückhaltender Form.

**Die Lausanner Konferenz.**

Von der Lausanner Konferenz ist es in den letzten Tagen auffallend still geworden. Hinten herum haben sich plötzlich England und Türkei, offenbar unter Vermittlung der Ver. Staaten, deren Zusammengehen mit England auch hier enger wird, über ein umfassendes Wirtschaftsabkommen geeinigt, in das die Frage von Mosul eingeschlossen ist und das der Türkei eine große englisch-amerikanische Anleihe sichert. Damit hätte sich das Bild ganz umgedreht: England, bisher der härteste Gegner der Türken, geht wieder Hand in Hand mit ihnen; und Frankreich wäre durch das Wirtschaftsabkommen um sein Erstgeburtrecht betrogen. Wir fragen natürlich alsbald: Hat Frankreich, das England in der deutschen Rheinfrage zurückgestoßen hat, hier in Kleinasien den ersten Denkhittel dafür in Gestalt einer Niederlage durch englische Politik bezogen? Oder ist am Ende Frankreich heimlich mit bei dem Geschäftchen und läßt dem Briten den Türken, um von ihm an der Ruhr nicht gestört zu werden? Zunächst scheint es fast, daß die Verblüfftheit Lausanner Diplomaten, denen das neue Bild die Sprache verschlagen zu haben scheint, auf eine Dupierung Frankreichs wiese. Die Konferenz steht still. Der französische Unterhändler in Lausanne, Bompard, ist alsbald nach Paris abgereist, um mit dem französischen Finanz- und Handelsministerium zu beraten. Auch mit Poincare hatte er eine Besprechung. Am Samstag soll er wieder in Lausanne sein und, wie man nach außen sagt, der türkischen Abordnung den Entwurf eines Friedensvertrages zu überbringen; den wie vielen eigentlich? So werden wir bald sehen, ob in Lausanne die englisch-französische Freundschaft neu geknüpft wird mit Kriemen, die der Briten aus türkischer, der Franzose aus deutscher Haut schneiden darf, oder ob für Frankreich dort Beklemmungen entstehen, die es vielleicht über kurz oder lang auch in eine schwere Ruhrkrankheit führen würden.

**Am die Einheitsfront.**

Aus Arbeiterkreisen wird geschrieben: Das Zusammenhalten des deutschen Volkes gegenüber der sinnlosen Zerstückelungspolitik der Franzosen hat in den letzten Tagen so gewaltige Fortschritte gemacht, wie man es seit langem nicht mehr für möglich gehalten hätte. Auch der größte Teil der Arbeiter steht ein, daß es jetzt nicht an der Zeit ist, die Klassengegenstände auf die Spitze zu treiben und innerpolitische Streitigkeiten auszufechten. Wir wissen, daß die Abwehr der feindlichen Angriffe auf unsere Wirtschaft von allen Ständen große Opfer erfordern wird und dürfen erwarten, daß die Besizenden sich ebenso dazu bereit finden lassen, wie die Gewerkschaften ihre Bereitwilligkeit und Mitwirkung bereits erklärt haben. Trifft doch die Katastrophe sowohl das Unternehmertum wie die Arbeitererschaft in ihren wichtigsten Interessen. Um so sinnloser mutet unsernein das Verhalten der Kommunisten an, das ihnen in den Augen jedes besonnenen Klassengenossen den letzten Rest von Achtung vor ihrer Politik und Einsicht nehmen muß. Kein Mensch verlangt von ihnen, daß sie nun plötzlich Arm in Arm mit Hergt oder Stresemann unsere Unterdrücker in die Schranken fordern sollten, aber ihre augenblickliche Taktik kann überhaupt nicht mehr ernst genommen werden. In der gegenwärtigen Lage einen Aufruf zu erlassen, der den Sturz der Regierung und die Auflösung des Reichstages fordert, um eine reine Arbeiterregierung zu errichten, beweist nur, daß es ihnen darum zu tun ist, sich wichtig zu machen und um jeden Preis alles um sich herum in Scherben zu schlagen. Argendein, wenn auch noch so verböhrt, politisches Denken steht nicht dahinter, höchstens, daß die Sowjetregierung, die sich doch zu allen außerpolitischen Erfordernissen immer sehr geschickt anzupassen wußte, an diesen Kindereien ihre Freude haben sollte, wie ja der famose Aufruf in der Komm. Internationale vom 13. Januar beweist. Gefährlich wird diese Hege dann, wenn sie im Auslande den Eindruck erweckt, als ob ein nennenswerter Teil der deutschen Arbeiter nur auf die Gelegenheit lauert, der Regierung Schwierigkeiten zu machen und Unruhen zu stiften. Weiter besteht auch die Gefahr, daß Leute von ähnlichem Kaliber im radikal nationalistischen Lager, die an verschiedenen Orten jetzt auch jeden Sinn und Verstand verloren zu haben scheinen, daraus den Vorwand entnehmen, um ihrerseits Prügeleien und Provokationen und noch Schlimmeres heraufzubeschwören. Im Anschluß an die große Berliner Kundgebung haben sich ja auf beiden äußersten Flügeln bereits solche unerfreulichen Ausbrüche ereignet. Wenn auch nur kleinere Kreise von rabiaten und unbeherrschbaren Wirkköpfen hinter dieser ganzen Unruhstifterei stehen, so ist es doch nötig, den ganzen Zauber von vornherein unmöglich zu machen, damit Herr Poincare und seine Leute nicht denken, die Einheitsfront der Deutschen wäre nur vorgetäuscht und schon im Begriff, von widerstrebenden Kräften erschüttert zu werden. In einer Zeit, wie dieser, können wir es uns nicht leisten, uns von einer kleinen Schar gewissenloser Schandalmacher um die Wirkung unseres geschlossenen Auftretens in schwerster Gefahr betrügen zu lassen.

**Baden.**

**Der Zuckerpreis.**

T Durch eine Reihe badischer Zeitungen ging in diesen Tagen die Mitteilung, das Reichsernährungsamt habe alle Verjuche, den Zuckerpreis zu erhöhen, in den letzten Tagen abgewiesen und es bleibe also der Zuckerpreis bis zum 15. Februar wie er jetzt ist. Diese Notiz, die anscheinend von derselben unverantwortlichen Berliner Stelle ausgeht, von der in den letzten Monaten wiederholt ähnliche irreführende Nachrichten über die Zuckerpreisgestaltung an die Tageszeitungen herausgegeben wurden, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Ein Gleich-



bleiben des Zuckerpreises im Großhandel und im Einzelhandel wäre nur dann denkbar, wenn die Zuckerfabriken ihrerseits ebenfalls den Preis auf annähernd gleicher Höhe gehalten hätten und halten würden. Wie sieht es aber in dieser Hinsicht aus? Es kostet der Zucker auf der Basis Mehls Waghäufel ab Fabrik per Doppelzentner: im Oktober Mk. 10 162, im November Mk. 12 162, im Dezember 27 300 Mk., im Januar für die erste Rate Mk. 43 300, für die zweite bis jetzt noch nicht gelieferte Rate Mk. 56 620. In diese Preise ist keine Packung, keine Fracht, kein Sortenzuschlag usw. eingerechnet. Die erste und zweite Januarrate soll jetzt an die Verbraucher zur Verteilung kommen. Wie soll dies zum gleichen Preise wie für den Dezemberzucker möglich sein, — wie die Bevölkerung nach dem Artikel annehmen muß — wenn sich die Preise ab Fabrik schon um nahezu das Doppelte erhöht haben und dazu noch die doch auch nicht durch eine Handbewegung aus der Welt zu schaffende Tatsache der Frachterhöhung und der Erhöhung aller übrigen Speisen in Ansatz gebracht werden muß? Man sollte von Berlin aus vorsichtiger sein mit solchen irreführenden Notizen, die nur die Verbraucherschaft noch mehr in Erregung bringen, als dies leider heute schon der Fall ist.

### Aus Nah und Fern.

**Sinsheim, 20. Jan. (Warnung.)** In einem Ort haben Schirmflicker einige Einwohner bei Schirmreparaturen durch Verlangen ganz besonders unverschämter Preise hineingelockt. Ihre Absicht dabei ist, daß die Leute ihnen zuletzt die Schirme lassen, die diese dann anderweitig wieder weiter verkaufen. Es ergeht an die Landbewohner, besonders die Frauen die Mahnung, solchen fahrenden Leuten ihre Schirme nicht zu übergeben, ohne vorher den Preis der Reparatur genau bestimmt zu haben.

**Weiter, 20. Jan. (Wäschdiebe.)** In letzter Zeit wurden mehreren Einwohnern Wäschestücke von bedeutendem Wert über Nacht gestohlen. Den Dieben ist man auf der Spur. Man läßt allerdings heutzutage auch Wäsche nicht mehr über Nacht im Freien. — Vorige Woche wurde der Tabakvermögen Käufer waren Heidelberger Firmen.

**Weiter, 20. Jan. (Forstwirtschaft früher und heute.)** Durchquert man den Wald vom Steinbruch nach den beiden Höfen, so trifft man auf viele Kahlhiebe und Fichtenanlagen. Vor 30-40 Jahren standen an deren Stelle Eichen, Hain- und Glattbuchen und zwischen durch leuchteten viele Birken, daher auch die Namen Birkenau, Birkenhof. Auch Salweiden, welche die besten Baumstämme und Weinbergspfähle abgaben und Hasel fehlten nicht. Da die Waldbäume dicht standen, gab es nie Holznot. Schlag für Schlag wurde ausgeholzt und Holznot trat nie ein. Nachdem nun vor etwa 15 Jahren mit Kahlhieben begonnen und Fichtenpflanzungen angelegt worden sind, die durch Nachpflanzungen den Gemeinden viel Kosten verursachen und wieder absterben, lange bevor ihre Zeit des Abholzens gekommen ist, hat die Holznot sich eingestellt. Die Fichtenpflanzungen haben sich nicht bewährt, die Kultivierung obengenannter Hölzer sowie von Forlen, Ahorn und Lärchen wäre offenbar praktischer und rentabler gewesen. Die neue Methode mag in mancher Hinsicht gut sein, die alte erschien uns besser. Magwiele Kahlhiebe sind sicher von Nachteil für die Holzverjüngung der Gemeinden.

**Waibstadt, 18. Jan. (Verschiedenes.)** Beim Fällen eines Baumes im Wald wurde dem ledigen Arbeiter Robert Käfer von hier, von einem stützenden Baum ein Bein gebrochen. Der Verunglückte wurde ins städtische Krankenhaus überführt. — Ein zur Versteigerung ausgeschriebenes kleines Wohnhaus in der

Kammstraße nebst Scheueranteil ist um die Summe von ca. 500 000 Mark in den Besitz eines in Weinheim wohnhaften Beamten übergegangen.

**Medesheim, 18. Jan. (Gänse- und Entendiebe.)** In den letzten Tagen sind hier einige Gänse und Enten verschwunden. Es scheint, daß ein zweibeiniger Marber wieder sein Unwesen treibt. Hoffentlich kann man dem Dieb das Handwerk legen, bevor er noch größeren Schaden verursacht.

**Müschzell, 18. Jan. (Masernepidemie.)** Seit einigen Tagen sind die Masern unter der schulpflichtigen Jugend ausgebrochen, sodaß der Bezirksarzt in Heidelberg die Schließung der Volksschule auf drei Wochen anordnete. Es gibt hier kaum ein Haus, in dem nicht ein Kind an Masern erkrankt wäre.

**Eberbach, 18. Jan. (Zum Austrag einer Wette)** um 4000 Mk. ist der Photograph Goriup von Wimpfen bei strömendem Regen über den hochgehenden Neckar geschwommen.

**Eberbach, 19. Jan. (Die teuerste Jagd des Odenwaldes)** dürfte wohl die dieser Tage verfeigerte Gemeindegagd der kleinen Gemeinde Hesselbach sein. Der Pachtpreis betrug letzter 350 Mk. jährlich und jetzt bezahlt ein Holzhändler aus Mannheim 401 000 Mk. pro Jahr.

**Heidelberg, 20. Jan. (Die Eröffnung des Bahnhofsanbaus)** der u. a. die neue Schalterhalle enthält, steht in den nächsten Tagen bevor. Am Dienstag findet eine Vorbesichtigung durch die Presse statt. — Für den Bahnhofsneubau in Heidelberg fordert im Etat des Reichsverkehrsministeriums die Reichsbahndirektion Karlsruhe 43 Millionen Mark an, für die Herstellung eines Vorbahnhofs in Mannheim-Neinau 4 500 000 Mark.

**Heidelberg, 19. Januar. (Verschiedenes.)** Hinter dem früheren Bereich des Schlosszingers ist man in größerer Tiefe auf die Fundamente eines alten Turmes gestoßen, der sehr wahrscheinlich als Vorratsturm gedient hat, da man eine größere Anzahl von ernenen Gefäßrinnen fand. Die Funde stammen aus der Zeit des Mittelalters. — An einem der letzten Tage erschienen drei Personen in einem hiesigen Geschäft und ließen sich verschiedene Stoffe vorlegen. Dabei gelang es ihnen sich zwei Stücke Stoff im Gesamtwert von 140 000 Mark anzueignen.

**Mannheim, 17. Jan. (Tödliche Unfälle auf der Straße.)** Gestern vormittag wurde der 51 Jahre alte Maurer Karl Jöller in der Nähe des Metzplatzes von einem Zuge der D. E. G. angefahren und so schwer verletzt, daß am gleichen Tage im Krankenhaus der Tod eintrat. — Am Montag wurde der 48 Jahre alte Kassenbote Gustav Maier, als er auf seinem Fahrrad über die Friedrichsbrücke fuhr, von einem Riesfuhrwerk überfahren und so schwer verletzt, daß er am gleichen Tag im Krankenhaus starb. — Ein schweres Unglück ereignete sich am Dienstag durch einen auf der Deichsel eines anhängenden Wagens. Der 13 jähr. Bubi, Sohn einer Kriegswitwe, wurde von einem schweren Lastwagen überfahren und so schwer verletzt, daß die Därme hervortraten und sofort eine schwierige Operation vorgenommen werden mußte. An dem Aufkommen des Knaben wird gezweifelt. Es ist dies wieder eine Warnung an die Kinder und Eltern. Immer wieder muß auf dieses gefährliche Treiben aufmerksam gemacht werden.

**Mannheim, 17. Jan. (Die Straßenbahn.)** Der Fahrpreis für die kürzeste Strecke wird hier 150 Mark betragen. Der Fehlbetrag der Straßenbahn errechnet sich auf der Grundlage des Personalaufwandes für Januar, ohne Berücksichtigung der im Januar einsetzenden Strom- und Materialpreissteigerungen auf jährlich 1155 Millionen Mark.

**Ludwigshafen, 18. Jan. (Wein auf der Straße.)** Bei einem mit Weinfässern beladenen Lastauto brach die Steuerung. Das Auto rannte an den Rinnstein, wobei die Fässer herunter-

fielen und leck wurden, sodaß der größte Teil des Weines auslief. Den Schaden hat ein großes Weingefäß in Mannheim zu tragen.

**Stuttgart, 19. Jan. (Betriebs Einschränkung.)** Die Textilindustrie des Albtales muß von jetzt ab Arbeitseinschränkungen vornehmen. Borerst soll in jeder Woche an einem Tag die Arbeit ruhen, und zwar zunächst am Samstag. Bekanntlich haben auch andere badische Firmen der Textilindustrie Arbeitseinschränkungen vornehmen müssen.

**Rastatt, 19. Jan. (Ein frecher Eisenbahndiebstahl)** wurde gestern abend in einem Schnellzug Basel-Karlsruhe verübt. Der Dieb hatte einem Reisenden aus Basel aus einem Abteil 1. Klasse zwei Koffer und einen Mantel entwendet und die Gegenstände vor der Station Rastatt durch das Fenster aus dem Zuge gemorfen. Dann zog der Dieb die Notbremse und sprang, als der Zug langsamer fuhr auf der Murgbrücke aus dem Zuge und entkam.

**Baden-Baden, 18. Jan. (Beim Baumfällen)** stürzte eine Tanne infolge des herrschenden starken Windes nach einer anderen Richtung als beabsichtigt war und schlug den 20 jährigen Sohn des Holzhauers Nibel von Lichtenthal tot.

**St. Gallen, 19. Jan. (Eine rüstige Alte)** ist die hier wohnhafte Witwe G. Krämer. Mit ihren 86 Jahren sah man sie in letzter Woche noch beim Dreschen mit dem Pflug flink und gemandt mit der Jugend wetteifern. Fürwahr eine seltene Leistung in solch hohem Alter.

**Warten b. Rehl, 19. Jan. (Ein Millionenregen)** von einem amerikanischen Unkel ist über hiesige Einwohner niedergegangen. 10 und 5 Millionen entfielen auf die einzelnen Erben.

**München, 19. Jan. (Schwere Schäden durch Schneestürme.)** Schneestürme von gewaltiger Stärke legten gestern vormittag den Straßenbahnverkehr in München teilweise vollständig still und verursachten auch starke Verkehrsstörungen namentlich bei den Gebirgsbahnen. Fast alle Telegraphen- und Telefonleitungen nach Norddeutschland sind teils unterbrochen, teils gestört. Auch die Leitungen nach Ludwigshafen und Karlsruhe sind nur teilweise betriebsfähig.

**Wirkliches Schutzmittel gegen Maul- und Klauenseuche in Sicht.** Das Bestreben der Wissenschaft ist bekanntlich seit langem dahin gerichtet, den Erreger der Maul- und Klauenseuche zu finden, der in unseren Viehhäusen so ungeheuren Schaden verursacht. Ein ganz bestimmter Erfolg war diesen Forschungen bisher leider noch nicht beschieden, es scheint jedoch, als ob das ersehnte Ziel jetzt erreicht worden ist. Geh. Rat Tige vom Reichsgesundheitsamt hat an der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß es ihm gelungen sei, den Erreger der Seuche zu entdecken. Tige hat das ultraviolette Virus der Maul- und Klauenseuche bis zur vierten Generation fortgezüchtet. Doppelt erfreulich ist es unter diesen Umständen, daß auch andere Gelehrte z. B. Prof. Pfeiler vom Veterinärinstitut der Universität Jena sich mit dem gleichen Problem befaßt haben. Pfeiler darf sich sogar rühmen, über Tige hinausgekommen zu sein und das Kulturvirus der Maul- und Klauenseuche bereits bis zur 141. Generation zu züchten. Damit ist die grundlegende Arbeit abgeschlossen, zumal mit dem fortgezüchteten Kulturvirus die Erzeugung der Maul- und Klauenseuche bei Versuchstieren gelungen ist. Jetzt kommt es in der Hauptfrage darauf an, die gefundenen Ergebnisse praktisch zu verwerten und Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche zu erzielen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Landwirte mit höchster Dankbarkeit eine wissenschaftliche Tat begrüßen, die von einem der gefährlichsten und tückischsten Feinde der Wirtschaft Schutz zu bieten geeignet ist.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 110. Genehmigung der Umlage der Verbandsabdeckerei Waibstadt betr.  
Der Bezirksrat hat heute die Erhebung einer Umlage von 15 Mark für jedes Pferd und Rindvieh zu Gunsten der Verbandsabdeckerei Waibstadt genehmigt.  
Sinsheim, den 9. Januar 1923. **Bad. Bezirksamt.**

In der Strafsache gegen den Sattler Friedrich Link in Waibstadt wegen Beleidigung der Beamten des Finanzamtes Sinsheim ist folgende

### Vereinbarung

zu Stande gekommen:  
I.  
Sattler Friedrich Link von Waibstadt erklärt:  
Ich nehme die am 19. Oktober 1922 in einer Versammlung des Bauernvereins Waibstadt gegen die Beamten des Finanzamtes ausgesprochenen Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und bitte die Beamten des Finanzamtes um Entschuldigung. Ich zahle als Buße für einen wohlthätigen Zweck 5000 Mark. Das Finanzamt Sinsheim bestimmt wer die Buße erhält.  
Ich verpflichte mich die sämtlichen Kosten des gegen mich eingeleiteten Strafverfahrens zu tragen.  
Ich bin damit einverstanden, daß diese Vereinbarung auf meine Kosten einmal in der Waibstadter Zeitung, im „Landboten“ und durch die Ortschelle in Waibstadt, sowie durch Anschlag an der Ortsveröffentlichungstafel veröffentlicht wird.

II.  
Der Vorsteher des Finanzamtes Sinsheim erklärt, daß er als Vertreter des Landesfinanzamtes Karlsruhe das Strafverfahren nach Erfüllung der obigen Bedingungen zurücknimmt.  
Sinsheim, den 2. Dezember 1922.  
gez. Reim, Regierungsrat, gez. Friedrich Link, Vorsteher des Finanzamtes Sinsheim.

### Wimpfen. Nugholzverkauf.

Montag, den 5. und Dienstag, den 6. Februar, je vormittags 9 Uhr anfangend, kommen im Forstwald, Distrikt Haidenrain gegen sofortige Barzahlung zur Versteigerung:

- 41 Eichstämme I., II. und III. Klasse = 59 Festmeter
- 68 Eichstämme IV.-VI. Klasse = 41 Festmeter
- 12 Buchstämme I.-III. „ = 23 „
- 34 Hainbuchenst. III.-VI. „ = 18 „
- 23 Ulmen zc. „ = 13 „
- 155 Fichtenstämme II.-V. „ = 87 „
- 192 Fichtenstangen = 7 „
- 6 Rmtr. Hainbuchen- und 2 Rmtr. eiche Nugholzer.

Zusammenkunft an beiden Tagen im Forsthaus. Auszüge sind durch Forstwart Schild in Helmhof, Post Neckarbischofsheim, zu beziehen.

Wimpfen, den 16. Januar 1923.  
Städtische Bürgermeisterei Wimpfen.  
Sailer.

**Säumen Sie nicht**  
sofort Angebot einzuholen!  
**Landw. Maschinen und Geräte**  
jeder Art  
erhalten Sie aus Vorrat weit unter Tagespreis durch die  
**Bad. landw. Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H.**  
Karlsruhe i. B. — Lauterbergstraße 3  
— Abteilung Maschinen. —

**Schreibmaschinen-Platz- und Bezirksvertretungen**  
für erstklassige Schreibmaschinen an kapitalkräftige Herren und Firmen zu vergeben.  
**Bruno Lange, Büromaschinengroßhdlg., Karlsruhe-Mühlburg**  
Kaiser-Platz 62.



**H A P A G**  
**HAMBURG-AMERIKA LINIE**  
GEMEINSAMER DIENST MIT DEN  
**UNITED AMERICAN LINES INC**  
Nach  
**NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA**  
AFRIKA, OSTASIEN USW.  
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer  
Etwas wöchentliche Abfahrten von  
**HAMBURG NACH NEW YORK**  
Auskünfte und Drucksachen durch  
**HAMBURG-AMERIKA LINIE**  
HAMBURG und deren Vertreter in:  
**Sinsheim: Hermann Betsch,**  
Hauptstr. 304. **Telefon 127.**

**Frachtbriefe** empfiehlt die **Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.**

**Pflastersteine**  
(Kalksteine)  
**Sandstein-Mauersteine**  
(Molons) empfiehlt, letztere aus feinen Steinbrüchen Untergipern, und sieht Anfragen entgegen  
**Blasius Blumenthaler** Zement-, Kalk- und Steinwerk **Obergipern.**

**Email- und Gussherde**  
in allen Größen  
**Koch- und Zimmeröfen**  
**Kaushaltungs-Gegenstände**  
und **Eisenwaren**  
aller Art  
**Sämtl. elektr. Bedarfsartikel**  
**Glühlampen jeder Spannung**  
kaufen Sie vorteilhaft und gut bei  
**Heinr. Bender**  
Flaschnermeister  
in **Michelfeld**  
Hauptstraße, geg. dem Schwanen.

**Pianos-Flügel**  
ober Harmonium zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe an  
**Karl Hochstein**  
Heidelberg Hauptstraße 73.

**Steckenpferd- Seife**  
die beste Lilienmilchseife.  
f. zarte, weiße Haut und blend-schönen Teint. Formel macht  
„Dada-Cream“  
rote und spröde Haut weiß u. sammetweich. Überall zu haben  
**Apoth. Dr. C. Kieffer.**  
Engel-Drog. A. Engel.  
Wilh. Geiß, Seifensieder.

**Ata**  
bestes  
**Putz- u. Scheuermittel**  
Unantbehrlich  
in Haus, Werkstatt, Fabrik.  
**Henkel & Cie.**  
Düsseldorf

**Wir geben**  
Verzeichnisse unseres Antiquariatslagers nicht heraus. Durch die Ersparnis der hohen Druckkosten sind wir  
**Deshalb**  
in der Lage für ganze Bibliotheken und einzelne Bücher  
**Höhere Preise**  
anzulegen. Antiquar kommt auch nach auswärts.  
**Bangel & Schmitt**  
(W. Freihen)  
Abt. Antiquariat,  
Heidelberg, Anlage 5.